

Potsdamer Erklärung 2017

der Integrationspolitischen
Sprecher/innen der CDU/CSU-
Landtagsfraktionen

Herausforderungen der Integration erkennen und verbindliche Strukturen schaffen

In allen Bereichen des Lebens prägen auch Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte die Gesellschaft und leisten ihren Beitrag für deren Zusammenhalt. Zugleich kommen aktuell Menschen nach Deutschland, die vor Gewalt und Verfolgung fliehen. Wer seine Heimat verlassen muss, weil er seine Meinung nicht sagen, seinen Glauben nicht leben kann oder vor Krieg und Zerstörung flieht, der benötigt **Schutz und Hilfe**.

Es muss uns gelingen, diejenigen Menschen, die eine berechtigte Bleibeperspektive haben, erfolgreich zu integrieren. Wer kein dauerhaftes Bleiberecht erhält, wird unser Land auch wieder verlassen müssen. Unser Ziel muss es sein, die Verfahren so zu beschleunigen, dass eine Rückführung noch aus der „Erstaufnahme“ möglich wird. Wir fordern in diesem Zusammenhang u.a. die Ausweisung der MAGREB-Staaten als sichere Herkunftsländer, ein koordiniertes Vorgehen auf europäischer Ebene sowie die Bündelung von Asylverfahren in **Entscheidungs- und Rückführungszentren**. Gelingende Integration ist sowohl von der Motivation der geflüchteten Personen abhängig, als auch von der Aufnahmebereitschaft der Gesellschaft. Insbesondere bei den Frauen müssen wir darauf achten, dass diese Integrationsmaßnahmen nutzen. Momentan nehmen noch zu selten Frauen an den Angeboten teil. Gleichberechtigung von Mann und Frau ist eine bedeutsame Säule unseres Wertesystems. Deswegen müssen wir die Frauen bei dem Prozess in ein gleichberechtigtes Leben begleiten, u.a. mit **bedarfsgerechter Kinderbetreuung und niedrigschwelligen Angeboten**.

Erstmals in der Geschichte Deutschlands wurde auf Bundesebene ein **Integrationsgesetz** verabschiedet. Mit diesem Gesetz wurde unser zentraler Leitsatz des Förderns und Forderns – auch für Flüchtlinge – rechtlich verbindlich umgesetzt. Integration ist ein Angebot, aber auch eine Verpflichtung zur eigenen Anstrengung. Dabei müssen wir das Entstehen von Parallelgesellschaften verhindern. Daraus folgt die Konsequenz: Wer Integrationsmaßnahmen verweigert, muss mit Sanktionen rechnen. Im Bereich unbegleiteter minderjähriger Ausländer stellen wir erhebliche Defizite bei der korrekten

30 Altersangabe fest. Wir benötigen in diesem Zusammenhang **einheitliche medizinische**
31 **Standards zur Altersfeststellung.**

32

33 Neben dem gemeinsamen Konzept von Bund und Ländern, welches Angebote für eine
34 frühzeitige Aufklärung über Rechte und Pflichten sowie Gepflogenheiten in Deutschland
35 unterbreitet, ist mit dem Gesetz ein Gerüst für die Integration von Menschen mit
36 Migrationshintergrund geschaffen worden. Dieses bildet, neben den Novellierungen des
37 Asylgesetzes, einen wichtigen Schritt für den Umgang mit einer der aktuell größten
38 Herausforderung in Deutschland.

39 Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und die **Sicherung des**
40 **gesellschaftlichen Zusammenhalts** werden vor allem auf kommunaler Ebene geleistet.
41 Dabei sind Integration und Partizipation als Querschnittsaufgaben zu verstehen. Einige
42 Bundesländer verfügen bereits über Integrationsgesetze. Gesetze schaffen verlässliche
43 Strukturen für alle Beteiligten. Sie eröffnen die Möglichkeit, einen Wertekonsens als
44 Richtschnur für ein gemeinsames Leben in einer globalen Gesellschaft zu definieren.
45 Durch ausgewogene Gesetzgebung mit Pflichten und Rechten kann die Integration in die
46 Gesellschaft und die aktive Teilhabe an dieser gefördert werden.

47

48 Bildung und das Erlernen der deutschen Sprache sind zentrale Voraussetzungen für die
49 Partizipation. Aus diesem Grund müssen die ersten Integrationskurse so frühzeitig wie
50 möglich beginnen. Die **Qualität und die Effizienz der Kurse** sind weiter zu verbessern. Vor
51 allem für die Integration in Ausbildung und Berufstätigkeit sind die deutsche Sprache
52 sowie berufsvorbereitende Bildungsangebote unerlässlich. Aufgabe der
53 Bildungseinrichtungen ist es, durch gezielte, individuelle und flächendeckende Angebote
54 zum Erlernen der Sprache, die Integration von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit
55 Migrationshintergrund zu fördern. Dafür müssen die Bildungseinrichtungen **ausreichend**
56 **Personal** vorhalten können. Der **Finanzbedarf** für die Bildung orientiert sich somit auch an
57 dem Integrationsbedarf der Menschen. Bund und Länder müssen mehr gemeinsame
58 Angebote vorhalten. Dabei wollen wir erreichen, dass alle Personen möglichst schnell das
59 **Sprachniveau B2** beherrschen. Kinder mit geringeren Deutschkenntnissen sollen in Kita
60 und Schule, später in Ausbildung und Beruf von Fördermaßnahmen profitieren. Wir
61 fordern daher **regelmäßige und frühzeitige Sprachstandtests** sowie einen Ausbau des
62 Programms zur **frühkindlichen Sprachförderung**. Erst eine gezielte sowie abgestimmte
63 Bildungspolitik, welche Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und Ausbildung in den

64 Blick nimmt, kann gleichwertige Bildungschancen schaffen. Auch eine kontinuierliche
65 **Eltern- und Familienarbeit** der Kindertagesstätten und Schulen trägt zu Integration und
66 Bildungsaufstiegen bei. „**Bildungspaten**“ oder sogenannte „**Flüchtlingslotsen**“ können
67 dabei die Elternarbeit unterstützen, Kinder auf ihrem Bildungsweg begleiten und den
68 Eltern als Ansprechpartner dienen. Wir setzen uns neben der notwendigen professionellen
69 Begleitung für die Unterstützung dieser Möglichkeiten ein.

70 Wenngleich immer mehr Familien mit Migrationshintergrund Betreuungsangebote
71 nutzen, müssen wir **die nachhaltige Integration durch Bildung** noch mehr in den Fokus
72 stellen. Insbesondere für die anstehenden Aufgaben am Arbeitsmarkt sind die Installation
73 von **Stipendienprogrammen** und der bewusste Ausbau von niedrighschwelligen **dualen**
74 **Berufsausbildungen** sinnvolle Mittel. Wo nötig, sollten junge Menschen mehr Zeit für die
75 Ausbildung erhalten. **Jugendberufsagenturen** sind als permanente Ansprechpartner
76 flächendeckend einzurichten. Diese sind ein hervorragendes Beispiel für
77 zuständigkeitsübergreifende Zusammenarbeit unter einem Dach. Wir fordern einen
78 Ausbau von Einrichtungen, die auch den Bereich der Arbeitsmarktintegration
79 zugewanderter junger Menschen noch mehr in den Blick nehmen können.

80 Bei der Integration ist zwischen Flüchtlingsschutz als Hilfe für verfolgte Menschen
81 und Einwanderung von Fachkräften klar zu unterscheiden. Eine gezielte Einwanderung von
82 Fachkräften trägt dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand in Deutschland
83 zu sichern. Ein **Fachkräftezuwanderungsgesetz** sollte im Zuge der Regierungsbildung auf
84 Bundesebene vereinbart werden. Dabei setzen wir auf die enge Bindung der Einwanderung
85 an den tatsächlichen Bedarf auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

86 Wir bekennen uns zu klaren **Einbürgerungsperspektiven** von Anfang an. Aus
87 diesem Grund werden wir uns in den Ländern für Initiativen einsetzen, die für die deutsche
88 Staatsbürgerschaft werben. Gerade bei Einwanderern in zweiter und dritter Generation,
89 die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, gilt es, ein Signal für die **deutsche**
90 **Staatszugehörigkeit** zu setzen. Die automatische Weitergabe mehrerer
91 Staatsangehörigkeiten an seine Nachfahren darf nach einer bestimmten Zeit nicht mehr
92 möglich sein. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gehört zu einem
93 erfolgreichen Integrationsprozess, weil diese ein Zeichen der Zugehörigkeit und der
94 wechselseitigen Verantwortung zwischen Bürger und Staat füreinander ist. Die deutsche
95 Staatsangehörigkeit ist zudem ein Bekenntnis zu unserem Land und zu unseren Werten.